



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

APRIL 2011 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

gute Bildung und gute Schulen sind die Grundlage für die Sicherung unseres Wohlstandes in einer friedlichen Gesellschaft. Gute Bildung bedeutet eine gute Zukunft überall und für alle Menschen in Niedersachsen. Genau dort betreibt die CDU/FDP-Landesregierung aber am perfidesten ihre Chancenverhinderungspolitik. Das Ziel ihrer Politik ist deutlich geworden: Es geht nicht um die Kinder, es geht nicht um Chancengleichheit, es geht ausschließlich darum, an ideologischen Vorstellungen der Vergangenheit festzuhalten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen deshalb auch weiterhin lautstark intervenieren, wenn Kinder, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schulträger und schlussendlich wir alle die Zeche für eine falsche Schul- und Bildungspolitik zahlen. Die besten Lösungen kommen dann zustande, wenn sie im Team und mit den Betroffenen erarbeitet werden. Deshalb wollten wir gemeinsam ein tragfähiges Konzept erarbeiten, das in der Realität Bestand hat. Wir haben einen offenen Dialog geführt und viele überzeugt. Schwarz-Gelb hat sich indes mit Strukturdebatten aus der Verantwortung gestohlen. Sie hatten nie vor, wirklich an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten. Und genau das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen, liebe Genossinnen und Genossen!

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

BETEILIGEN. GESTALTEN. STÄRKEN.

Niedersachsens und Hessens SPD verabschieden gemeinsame Erklärung.



Die niedersächsische SPD und die Hessen-SPD werden in Zukunft noch enger zusammenarbeiten. Das vereinbarten die Landes- und Fraktionsvorstände bei einer gemeinsamen Sitzung in Kassel. »Beide Länder werden gleich schlecht regiert. McAllister und Bouffier greifen hemmungslos in die Kassen der Kommunen und stützen den kommunalfeindlichen Kurs der Bundesregierung«, erklärte Niedersachsens SPD-Landesvorsitzender Olaf Lies. »Die Einnahmeausfälle der Kommunen gehen auf schwarz-gelbe Fehlentscheidungen zurück. Bouffier und McAllister haben im Bundesrat allem zugestimmt und die Belastungen anschließend nach unten durchgereicht. Wir wollen den schwarz-gelben Spuk beenden. Dafür kann eine enge Abstimmung zwischen uns hilfreich sein«, ergänzte der hessische SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Es war die erste Sitzung dieser Art zwischen den Landesverbänden. Die Landes- und Fraktionsvorstände verabschiedeten in Kassel eine Erklärung, in der eine gute Finanzausstattung der Kommunen und eine neue Bildungsoffensive in Niedersachsen und Hessen gefordert werden.

»Unsere Städte und Gemeinden sind die Orte der sozialen Integration, hier werden Lebenschancen gegeben. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen deshalb diesseits wie jenseits der Weser für eine vorsorgende, den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkende Politik mit finanziell gut ausgestatteten Kommunen. Hierzu gehört, dass hohe Einkommen und Kapitaleinkünfte stärker zur Finanzierung der Solidarsysteme herangezogen werden«, betonte Schäfer-Gümbel.

Die SPD-Landesverbände und die Landtagsfraktionen plädierten in Kassel für ein Bildungssystem, das allen Kindern gute Startchancen in ihr Leben ermöglicht, unabhängig von Herkunft, Bildung oder Einkommen der Eltern. »Dazu gehören für uns mehr frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten mit qualifiziertem Personal und Schulen, die die Bildungs- und Erziehungsbedürfnisse aller Schüler in ihrer Verschiedenartigkeit erfüllen und ihre Gemeinsamkeiten stärken. Das alles muss wohnortnah gewährleistet sein«, so Stefan Schostok. In diesem Zusammenhang begrüßten

Arbeiten künftig stärker zusammen (v. l. n. r.): Niedersachsens SPD-Landtagsfraktions-Vorsitzender Stefan Schostok, Hessens Landes- und Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel, Niedersachsens Landesvorsitzender Olaf Lies zusammen mit Hessens Generalsekretär Michael Roth und Niedersachsens Landesgeschäftsführer Michael Rüter.

Foto: Olaf Reichert

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

»
Wir müssen die Kommunen stärken, Bildung sozial gestalten und die Bürger besser beteiligen.«

Stefan Schostok, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Fortsetzung von Seite 1

die Niedersachsen- und die Hessen-SPD den Einsatz der SPD für mehr Schulsozialarbeiter und die Ausweitung des Bildungspaketes auf Kinder von Wohngeldempfängern im Rahmen der Hartz-IV-Verhandlungen. »Wir werden in unseren Städten und Kreisen sehr genau darauf achten, dass diese Mittel des Bundes vollständig und zusätzlich zu Landesmitteln für die Sozialarbeit in den Schulen verwandt werden«, heißt es hierzu in der gemeinsamen Erklärung.

Das Thema »Gute Arbeit« wurde in Kassel ebenfalls diskutiert. »Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit ist nicht nur ungerecht, sondern vernichtet Normalarbeitsverhältnisse«, sagte Olaf Lies. Niedersachsens und Hessens SPD bekräftigten die Forderung nach einer vollständigen Gleichbehandlung zwischen

Stamm- und Leiharbeitnehmern nach spätestens vier Wochen Einarbeitungszeit und nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. »Wir verlangen von den Landesregierungen in Niedersachsen und in Hessen, eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohns in existenzsichernder Höhe für alle abhängig Beschäftigten einzubringen. Die Lohnspirale darf sich nicht weiter nach unten entwickeln«, machten Lies, Schäfer-Gümbel und Schostok deutlich.

Die SPD setzt sich überdies für mehr Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürgern auf politische Entscheidungen ein. Hierzu sollten nach Meinung der niedersächsischen und hessischen Sozialdemokraten mehr Elemente direkter Demokratie verankert werden. In der verabschiedeten Erklärung heißt es

dazu: »Wir setzen uns deshalb für die Erleichterung direktdemokratischer Entscheidungsverfahren wie Volks- bzw. Bürgerbegehren und -abstimmungen und für den Ausbau von Beteiligungsprozessen auf allen politischen Ebenen ein. Wir fordern CDU und CSU auf, ihre blockierende Sperrminorität gegen Volksentscheide auf Bundesebene aufzugeben und zusammen mit der SPD eine entsprechende Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen.« Vor allem internetbasierte Modelle der Bürgerbeteiligung sollten geprüft und umgesetzt werden.

»In der Debatte um die Vertrauenskrise der repräsentativen Demokratie muss es aber vornehmlich um die soziale Spaltung in unserem Land gehen. Diese zu bekämpfen ist die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie«, erklärte Stefan Schostok. ■

DAMMBRUCH ODER DURCHBRUCH?

ASF-Diskussion über ein Verbot der Praeimplantationsdiagnostik mit oder ohne Ausnahmen.

Diesem Thema stellten sich auf Einladung der Bezirks-ASF Hannover Ende Februar die Bundestagsabgeordneten Caren Marks, Kerstin Tack, Matthias Miersch und Kirsten Lühmann und führten mit etwa 70 interessierten Teilnehmenden eine engagierte Diskussion.

Bei der Praeimplantationsdiagnostik (PID) werden Embryonen, die durch künstliche Befruchtung erzeugt wurden, auf bestimmte Erbschäden untersucht, und nur bei Gesundheit des Embryos wird dieser in die Gebärmutter der Frau eingepflanzt. Nach einem neuen BGH-Urteil ist dieser Vorgang keine nach dem Embryonengesetz strafbare Verwendung menschlicher Föten. Drei Gesetzesentwürfe wurden bisher zu diesem Thema eingebracht, das im Bundestag ohne Fraktionsfestlegungen diskutiert wird. Ein Entwurf sieht vor, dass die PID grundsätzlich verboten ist, aber Ausnahmen bei schweren Erbkrankheiten zulässig sein sollen. Ein weiterer Entwurf schränkt die Ausnahmetatbestände stärker ein und der dritte Entwurf fordert ein striktes Verbot ohne Ausnahmen.

Nachdem die Hintergründe, Rechtslage und die fraktionsübergreifend vertretenen Gesetzesentwürfe dargestellt wurden, nutzten die Teilnehmenden ausgiebig die Gelegenheit zur Stellungnahme. Auch einige Humangenetiker aus Hannover hatten den Weg in die



Kirsten Lühmann, Annette von Pogrell, Caren Marks, Kerstin Tack und Matthias Miersch diskutierten über PID

Foto: privat

Runde gefunden; sie trugen zum fachlich sehr hohen Niveau bei. Ebenso wurden die Standpunkte aus juristischer Sicht, von Behinderten und auch der Evangelischen Kirche Deutschland beredt von einigen TeilnehmerInnen vertreten. »Eine Diskussion, aus der deutlich wurde, mit welcher inhaltlichen Tiefe das Thema Praeimplantationsdiagnostik im Bundestag behandelt wird,« zog Moderatorin Annette von Pogrell das Fazit.

Wichtig war allen Beteiligten festzustellen, dass das Ergebnis einer solchen Diskussion sicher kein einheitliches Meinungsbild sein könne, sondern dass die unterschiedlichen Überzeugungen und Entscheidungen respektiert werden müssen, denn für alle Sichtweisen gibt es durchaus nachvollziehbare Argumente. Keine überraschende, aber immer wieder eine wertvolle Erkenntnis im parlamentarischen Alltag seinerlei. ■ eb

Impressum

Herausgeber:
SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Remmer Hein,
Christoph Mattered,
Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

MEHR MITGLIEDER – MEHR SPD

Von Michael Rüter

Unsere Partei hat über die letzten Jahre stetig sinkende Mitgliederzahlen zu verzeichnen gehabt. Aber auch andere Parteien und Großorganisationen sind von einem Rückgang der Mitgliederzahlen betroffen. Das macht die Situation für unsere Partei jedoch leider nicht besser.



Die Gründe für den Mitgliederrückgang sind vielfältig und die meisten nicht durch Fingerschnippen zu beheben. Aber dennoch ist ein Gegensteuern möglich und nötig, um den Trend zu verlangsamen und vielleicht bestenfalls sogar wieder umzukehren. In anderen Großorganisation z.B. der IG Metall, aber auch einige Ortsvereine belegen, dass aktive Mitgliederarbeit ein Gewinn für die Demokratie und die SPD ist.

Kampagne »Mehr Mitglieder–Mehr SPD«

Die niedersächsische SPD muss sich von dem Gedanken der traditionell gewachsenen Mitgliederstruktur lösen. Ziel muss es sein, im Wesentlichen ALLE anzusprechen, um möglichst VIELE zu erreichen. Genau hier setzt unsere Kampagne an.

Mit verschiedenen Postkartenmotiven wollen wir gemeinsam mit euch die verschiedensten Zielgruppen ansprechen, zum »MitMachen« einladen und zur Mitgliedschaft in der SPD bewegen. Wir wollen den Schüler genauso über-

zeugen wie die Werbemanagerin, die LkW-Fahrerin genauso wie den Landwirt. Je mehr verschiedene Menschen und Generationen in der SPD zusammenwirken, umso besser können wir die Sorgen und Nöte der Menschen aufnehmen und mit Lösungen überzeugen.

Der Gewinn für dich und die Partei

Die Postkarten können ab sofort in unserem Webshop <http://shop.spdnds.de/>



oder in der Landesverbands-Geschäftsstelle bezogen werden.

Engagierten Genossinnen, Genossen und Mandatsträgern können die Postkarten, bei den vielen Gesprächen bis zur Kommunalwahl einsetzen oder an das persönliche Umfeld versenden/verteilen (Motive passend zu den Ansprechenden verteilen). Die Empfänger haben dann die Möglichkeit, entweder direkt – auch online spmlink.de/ja –

einzutreten, oder die Postkarten an die Geschäftsstelle zurückzusenden, sie werden dann – nach Muster des Direktkontakts – von einem Sozialdemokraten/einer Sozialdemokratin aus seiner Heimatregion (z.B. Ortsvereinsvorsitzende) kontaktiert und eingeladen.

Zusätzlich bekommen alle Neumitglieder direkt nach ihrem Eintritt einige Postkarten mit einem freundlichen, einladenden Anschreiben und können so ihre Eintrittsmotivation auch zur Werbung und Ansprache weiterer Mitglieder nutzen.

Wichtig bei der Mitgliederwerbung – wie aber natürlich auch bei der politischen Arbeit – ist die Herstellung des persönlichen KONTAKTES. Anonyme Postfächer, info@-Mailadressen und allgemeine »Rundschreiben oder Newsletter« sind KEINE ANTWORT für Interessierte und wirken meistens abstoßend und wenig einladend.

Wenn wir die Niedersachsen mit Lösungen überzeugen wollen, müssen wir mit Ihnen in Kontakt treten. Persönlich, direkt und verbindlich. Die Kampagne »Mehr Mitglieder – Mehr SPD« ist eine wichtige Grundlage dieses Anspruchs.

Wettbewerb

Im Rahmen der Werbeaktion wird ein Wettbewerb für die erfolgreichsten Werberinnen und Werber gestartet. Unser Wettbewerb richtet sich sowohl an alle Einzelwerber (Preise ab 3, 5 und 10 Neumitglieder) wie auch an die erfolgreichsten Ortsvereine (Preise ab 15 Prozent und 30 Prozent Neueintritte). Der Wettbewerb startete zum 1. März und ist bis zur Kommunalwahl am 11. September 2011 terminiert. Gemessen werden alle Eintritte seit dem 1. März. ■

PREISE

...FÜR EINZELWERBER

- 3 Eintritte = Buchpreis
- 5 Eintritte = Berlinfahrt
- 10 Eintritte = Brüsselfahrt

...FÜR DIE ORTSVEREINE

- 15 Prozent Neueintritte = 1 Großflächenplakat
- 30 Prozent Neueintritte = SPD Sommergrill-Set



Michael Rüter,
Landesgeschäftsführer der
SPD-Niedersachsen

VORSTELLUNG DIREKT- BEWERBERINNEN UND -BEWERBER

In dieser und den nächsten Ausgaben des Niedersachsen-Vorwärts stellen wir Direktbewerberinnen und Direktbewerber für den Kommunalwahlkampf 2011 vor.



SVEN AMBROSY
Landkreis Friesland in Jever, Landrat
»Luftfahrt, maritime Wirtschaft, Tourismus – Frieslands Stärken möchte ich auch in meiner 2. Amtszeit weiter ausbauen. Dabei sind Bildung und Familienfreundlichkeit die Basis für den Erfolg unserer Region.«

www.sven-ambrosy.de
www.bender-winsen.de
www.silvia-juehnke.de



DR. DIETER BENDER
Bürgermeister für Winsen/Luhe
»Der Bürgermeister in Winsen muss zuhören, analysieren und führen können. Als vorheriger Forscher, Unternehmensberater und Lehrer kann ich das!«



SILVIA JÜNKE
Bürgermeisterin für Springe
»Springe für die Zukunft fitt machen, noch attraktiver als Wohnort und Wirtschaftsstandort werden und der Bevölkerung bürgerfreundliche und gute Leistungen anbieten. Frischer Wind für die Springer Stadtpolitik!«



HANNA KOPISCHKE
Bürgermeisterin für Seesen
»Gestalten! Nicht nur verwalten! Mit Optimismus, Kreativität und Standfestigkeit in die Zukunft.«

www.spd-seesen.de
www.spd-adendorf.de
www.wolfgang-toboldt.de



THOMAS MAACK
Bürgermeister für Adendorf
»Ich stehe für ein wirtschaftlich starkes Adendorf. Solide Finanzen und eine ausgewogene Sozial- und Familienpolitik prägen unsere jahrelange erfolgreiche Politik in Adendorf.«



WOLFGANG TOBOLDT
Bürgermeister für Sehnde
»Professionelle Verwaltungserfahrung vereint mit politischem Gespür und Wissen um die Sehnder Belange.«

OFFENER LANDESPARTEITAG SAMSTAG, 28. MAI 2011, 10.00 UHR

Zu einem so genannten »Offenen Parteitag« lädt der SPD-Landesverband für Samstag, 28. Mai 2011, ab 10.00 Uhr nach Wolfsburg ein. In der Stadthalle ist neben den gewählten Delegierten auch die interessierte Parteiöffentlichkeit herzlich willkommen.

Der Parteitag gibt den Startschuss für den Kommunalwahlkampf in Nie-

dersachsen und setzt sich thematisch mit Energie- und Kommunalpolitik auseinander. ■

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Präsidiums
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Grußworte

5. Beschluss der Geschäftsordnung
6. Wahl der Zählkommission
7. Berichte
8. Bericht der Mandatsprüfungskommission
9. Antragsberatung
10. Schlusswort

Antragsschluss 15. April 2011

STABWECHSEL BEI DER SPD HANNOVER

Kirci kandidiert als Nachfolger von Meinhold für den Vorsitz.



Alptekin Kirci stellt sich als Kandidat für den Vorsitz des SPD-Stadtverbandes Hannover vor.

Foto: Hein

In der niedersächsischen Landeshauptstadt steht unmittelbar eine Veränderung an der Parteispitze bevor. Wie Walter Meinhold vor einigen Wochen erklärte, wird er als Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Hannover nicht länger zur Verfügung stehen und bei den turnusgemäßen Wahlen aus diesem Amt scheiden. Der ehemalige Landtagsabgeordnete wird den Vorsitz nach 11 Jahren aufgeben. In dieser Zeit hatte er den mit ca. 4.000 Mitgliedern und 21 Ortsvereinen größten SPD-Stadtverband Niedersachsens geleitet. Als seinen Nachfolger schlug Meinhold den türkischstämmigen Ratsherrn und migrationspolitischen Sprecher Alptekin Kirci vor. Aus den Reihen der Wählergemeinschaft »Wir für Hannover« (WfH) hagelte es prompt eine handfeste Beleidigung. Ob der Personalangel bei der Hannoveraner SPD inzwischen schon so groß sei, dass man auf »orientalische Facharbeiter zurückgreifen« müsse, tonte es von einem Mitglied des WfH. Kirci lässt diese Beleidigung kalt. Er tingelt durch die Ortvereine Hannovers, um sich zu seiner Person und politischen Zielen vorzustellen.

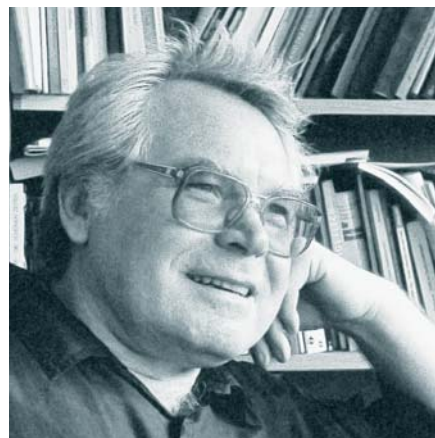
Der 40-jährige verheiratete Alptekin Kirci ist Vater zweier Kinder und als Fachanwalt für Steuerrecht tätig. »Das ist eine große Herausforderung, der ich mich stelle«, erklärte Kirci vor Hannoveraner Parteimitgliedern und wies auf die Verpflichtung hin, die sich aus der Tatsache ergebe, dass die SPD seit nunmehr 60 Jahren die dominierende Kraft in der Stadt sei und ununterbrochen den Oberbürgermeister stelle. Als wichtigste Herausforderung der nächsten Monate - wenn er denn am 2. April als Stadtverbandsvorsitzender gewählt werde - bezeichnete Kirci den Sieg bei der Kommunalwahl in Hannover. »Hamburg hat gezeigt, dass die SPD die richtigen Akzente setzt.« Dort

habe man beweisen, dass sich Wirtschafts- und Sozialpolitik keineswegs zwangsläufig im Widerspruch befinden. »Wir müssen die Arbeitnehmerschaft im Auge behalten und dürfen dabei die Schwachen nicht vergessen.« Diese Maxime habe stets in der Hannoveraner SPD-Kommunalpolitik gegolten.

Zur Parteiarbeit erklärte Kirci, das Internet spiele eine immer größere Rolle. »Darum müssen wir uns kümmern,« ohne diejenigen zu vergessen, die nicht tagtäglich bei Facebook oder anderen Netzwerken unterwegs sind. »Wir müssen aber nachhaltig etwas ändern in der Partei«, forderte Kirci. »Unsere Politik

muss auf jeden Fall einen theoretischen Überbau haben, aber wir müssen uns auch um die ganz alltäglichen Sorgen und Interessen der Menschen kümmern.« Die Partei müsse mehr zuspitzen und »wir müssen selber von unseren Themen begeistert sein.« Die Partei rief er ausdrücklich zum Mitmachen auf. »Die Partei ist nicht das abstrakte Wesen«, alle Mitglieder seien gefragt. Und es reiche nicht, sich in »Beschreibung von Baustellen zu ergen.« Bürgerbeteiligung nannte Kirci wichtig, warnte jedoch vor Illusionen. Es gebe viele Bürger, die zwar alles besser wissen, aber nicht bereit seien, Verantwortung zu übernehmen. ■

Oskar Negt, Sozialphilosoph aus Hannover, ist der erste August-Bebel-Preisträger. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wird von der August-Bebel-Stiftung verliehen, die im vergangenen Jahr von Literaturnobelpreisträger Günter Grass gegründet worden war. Die Stiftung ehrt den 76jährigen Oskar Negt für sein Lebenswerk, weil er sich ähnlich August Bebel um die deutsche soziale Bewegung verdient gemacht hat. Zuletzt hat sich Oskar Negt im vergangenen Jahr mit seinem Buch »Der politische Mensch« im Bebelschen Sinne eingemischt. Zur Bundestagswahl 1998 hatte Negt mit sieben Argumenten dargelegt, »warum die SPD aus ihrer Geschichte und ihrer Gegenwart die besten Perspektiven für die Zukunft bietet«. Negt, der in Frankfurt bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno studiert hat, wurde 1970 auf den Lehrstuhl für Soziologie der heutigen Gottfried Wilhelm



Oskar Negt

Foto: Gerhard Steidl

Leibniz Universität in Hannover berufen, den der engagierte Gewerkschafter bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2002 innehatte. Der August-Bebel-Preis soll künftig alle zwei Jahre vergeben werden. ■



Andreas Gehrke

Foto: privat

Andreas Gehrke ist vom Vorstand des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt zum neuen Geschäftsführer der DGB-Region Niedersachsen-Mitte gewählt worden. Am 1. März hat der

54jährige die Nachfolge von Sebastian Wertmüller im hannöverschen DGB-Haus angetreten, der als ver.di-Chef nach Braunschweig gewechselt ist.

Andreas Gehrke war zuletzt beim DGB-Bezirk für die Bildungs- und Beamtenpolitik zuständig. Davor war der studierte Grund- und Hauptschullehrer als Tarifexperte bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Hannover und Berlin tätig. Dort leitete er von 2009 bis 2010 das Parlamentarische Verbindungsbüro des GEW-Hauptvorstands.

Die DGB-Region Niedersachsen-Mitte erstreckt sich von Nienburg und Diepholz im Norden bis nach Hildesheim und Holzminden im Süden. Von den etwa 750.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind rund 200.000 Mitglieder in einer DGB-Gewerkschaft.

PERSONAL
ABTEILUNG

»MEHR DIREKTE DEMOKRATIE? JA, WENN...!«

Von Wolfgang Jüttner



Wolfgang Jüttner

Spätestens das Thema »Stuttgart 21« hat die Debatte »Mehr direkte Demokratie« wieder zum Top-Thema gemacht. Für uns ist es das schon lange: »Mehr Demokratie wagen« war das Motto von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969. Die Ausweitung der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung stand immer auf der Tagesordnung sozialdemokratischer Politik. Wir haben vor hundert Jahren für das Wahlrecht von Frauen gekämpft, als Konservative und Liberale in den Kommunen noch das Klassenwahlrecht praktizierten. Sozialdemokraten waren nach 1945 maßgeblich daran beteiligt, die Demokratie in Deutschland als repräsentatives System aufzubauen. Für uns ist Demokratie kein taktisches Instrument zur Machtausübung, sondern existentiell. Sie gilt auch, wenn wir in der Minderheit sind. Dies gehört vorausgeschickt, um

den Handlungsbedarf der nächsten Jahre präzise zu bestimmen.

Die Gesellschaft hat sich massiv geändert. Menschen sind selbstbewusster, beanspruchen Teilhabe. Andererseits ist Politik komplexer geworden, schwerer durchschaubar, einem harten Lobbyismus ausgesetzt. Die soziale Polarisierung hat zur Konsequenz, dass Teile der Gesellschaft sich absetzen, nach außen sprachlos werden, die sprachfähigen Teile um so mehr ihre Ansprüche formulieren.

Die Sozialdemokratie ist traditionell parteilich: Sie will denen Interessensvertreter sein, die sich nicht auf der Sonnenseite befinden. Dieser Bedarf an Interessensvertretung, die Praxis des gesellschaftlichen Interessenausgleichs steht mit auf der Tagesordnung, wenn wir über die Ausweitung direkter Demokratie reden.

Ja, wir brauchen stärkere Bürgerbeteiligung nicht nur in Kommune und Land – deshalb fordern wir Volksbefragung und Volksentscheid auf Bundesebene! Ja, es gibt dringenden Bedarf, konsultative Beteiligungsrechte vor Ort auszubauen, um Planungssicherheit und Stadtentwicklung zu optimieren. Punkt- und interessenbezogene Beteiligung erhöhen das Interesse an Politik, machen Entscheidungen oft qualifizierter. Aber für die Sozialdemokratie sollte gelten: die repräsentative parlamentarische Demokratie ist verbesserungswürdig und verbesserungsfähig, ersetzbar ist sie nicht.

Der Parteivorstand wird in den nächsten Wochen einen Antrag für den Bundesparteitag im Dezember vorlegen, in dem er skizziert, wie Sozialdemokraten in den nächsten Jahren »Demokratie leben« wollen. ■



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

Einmal im Jahr treffen sich die Niedersachsen gegenseitig. In Berlin. Sie nennen die Zusammenkunft »Sommerfest der Landesregierung« und besetzen zu diesem Zweck das Gelände der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Landesvertretung. Dazu fahren sie alles auf, was gut und teuer ist in Niedersachsen. Musik, Wein, Bier, alle möglichen Arten von Braten, Würsten, Kartoffeln, Rüben oder Landfrauen-Kuchen erfreuen die Gäste. Im vorigen Jahr kamen besonders viele. Denn der damalige Gastgeber war kein geringerer als der künftige Bundespräsident. Nur zwei Tage nach dem Sommerfest am 28. Juni sollte Christian Wulff zum ersten Mann im Staate gewählt werden. Da traf es sich gut, dass er in Sachen Sommerfest sowieso gerade in Berlin zu tun hatte. Die Niedersachsen machten aus der letzten Party ihres Noch-Ministerpräsidenten eine große Sause. Dabei ließen sie sich von auswärtigen Gästen wie dem japanischen Botschafter oder der deutschen Bundeskanzlerin nicht stören. Unter großem Hallo tranken und aßen sie, was Büffets und Bierfässer hergaben.

Und das alles, ohne den Steuerzahler groß zu belasten. Die Feierkosten übernehmen Firmen, denen es eine patriotische Ehre ist, eine Party zum Wohle des Landes zu sponsern. Für das Sommerfest des künftigen Bundespräsidenten ließen sie 273.523 Euro springen. Das war sehr gut angelegtes Geld. Denn die Unternehmen unterstützten in Christian Wulff einen Spitzenpolitiker, der die Tugend der Bescheidenheit beherrscht wie kein anderer. Es ist noch gar nicht so lange her, da bezahlte er sogar die Business-Klasse im Air-Berlin-Ferienflieger nach Florida, wenn auch erst im Nachhinein. Aber das ist verständlich, weil Wulff vorher gar nicht gemerkt hat, dass er in der ersten Klasse flog. Air-Berlin-Chef Joachim Hunold hatte ihn einfach ohne sein Wissen »upgraden« lassen. Auch seinen Mallorca-Urlaub ließ Wulff sich nicht sponsern. Der frisch gekürte Bundespräsident habe auf »eigenen Wunsch auch einen üblichen Tarif für die Miete gezahlt«, versichert der für seine Großherzigkeit berühmte hannoversche Finanzunter-

nehmer Carsten Maschmeyer (früher AWD) in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung«. Auf Maschmeyers Anwesen urlaubte die Familie Wulff.

Christian Wulffs Bescheidenheit lässt sich nur noch durch seine Frau Bettina toppen. Erklärte sie es doch in der ZDF-Sendung »Peter Hahne«: »Ich denke, es ist selbstverständlich, wenn mein Mann den Kindern Spielsachen kaufen möchte, dass er sich auch natürlich in der Schlange hinten anstellt an der Kasse«. Dank Frau Bettina wissen wir jetzt endlich, warum Christian Wulff die Gelegenheit sofort nutzte, um aus dem hektischen Hannover ins beschauliche Berlin zu ziehen: »Seitdem mein Mann Bundespräsident ist, sehen ihn die Kinder wieder häufiger«. Ist ja klar, ein Ministerpräsident ackert jeden Tag durch Niedersachsens weite Felder und Flure. Der Bundespräsident kann den ganzen Tag mit den Kindern spielen. Zwischendurch entlässt und ernennt er mal ein paar Bundesminister.

Er muss sich auch nicht für die Niederungen der Politik interessieren. Etwa für das Wolfsburger Modell der Wahlkampffinanzierung. Das geht so: Die Stadtwerke bezahlen einen Pressesprecher, der die Hälfte seiner Arbeitszeit für die CDU einsetzt. Ob dieses Modell tatsächlich mal funktionierte, ist nicht sicher. Der frühere Stadtwerke-Sprecher behauptet steif und fest, den Christdemokraten auf Kosten seines Arbeitgebers geholfen zu haben. Die CDU glaubt ihm zwar nicht, dass er zum Beispiel 2003 am Wahlsieg des heutigen Bundespräsidenten maßgeblich beteiligt war. Die Wolfsburger Stadtwerke hegen da aber keine Zweifel. Sie fordern von ihrem Ex-Sprecher 310.000 Euro zurück, die Hälfte des Gehalts, das er zwischen 2001 und 2009 kassierte.

Die sollen sich in Wolfsburg nicht so anstellen! VW hält sich eine ganze Fußballmannschaft, da können die Stadtwerke doch mal ein bisschen CDU sponsern. Immer noch besser, als das schöne Geld auf Sommerfesten in Berlin zu verpressen.

Kurt-Peter Christophersen

»ISLAMFEINDLICHKEIT – EINE HERAUSFORDERUNG«

Veranstaltung zum Thema: »Islamfeindlichkeit – eine Herausforderung für politische Bildung und Integration«



Das Forum »Gegen Rechts« im SPD-Landesverband Niedersachsen lädt zu einer Veranstaltung zum Thema »Islamfeindlichkeit – eine Herausforderung für politi-

sche Bildung und Integration« am Donnerstag, 7. April 2011 um 18.00 Uhr im Historischen Museum Hannover, Pferdestraße 6 ein. Referentin ist Dr. Beate Küpper, Univer-

sität Bielefeld; ihr Thema lautet: »Islamfeindliche Einstellungen in Deutschland – Ausmaß, Ursachen und mögliche Folgen«.

Landtagsabgeordnete Sigrid Leuschner wird ergänzend die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Die Mitte in der Krise – rechtsextreme Einstellungen in Deutschland« vorstellen. Den Abschluss dieser Veranstaltung bildet eine Podiumsdiskussion mit Stefan Schostok (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion), Alptekin Kirci (Ratsherr der Stadt Hannover und Sprecher für Migration), Melanie Walter (Leiterin des Sachgebietes Integration, Politik und Verbände im Büro des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt), Avni Altiner (Schura, Landesverband der Muslime in Niedersachsen), Dr. Ali Ihsan Ünlü (Generalsekretär der DITIB, Dachverband der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion) und Dr. Beate Küpper. ■

VORWÄRTS
RÄTSEL

Mit 15 wünscht sie sich, dass die Leute eines Tages ihre Biografie »mit gerührter Neugier« lesen würden. Diese Hoffnung weckt in ihr den Wunsch, eine bekannte Autorin zu werden. Zunächst allerdings studiert die Tochter aus gutbürgerlichem Haus in Paris Philosophie, Literatur und Mathematik und arbeitet zehn Jahre lang als Gymnasiallehrerin, bevor sie sich 1943 entscheidet, fortan als Schriftstellerin zu arbeiten. Im selben Jahr veröffentlicht sie ihren ersten Roman, der viele Jahre später auf deutsch mit dem Titel »Sie kam und blieb« erscheint. Ende der 1940er-Jahre befindet die libertäre Streiterin. »Auch Genossen sind Paschas!« Das Ergebnis ihrer diesbezüglichen Gedankengänge erscheint 1949 und gilt bis heute als bahnbrechendes Werk für die neue Frauenbewegung. Darin beschäftigt sie sich mit der Geschichte der weiblichen Unterdrückung, nimmt den Mythos des Ewig-Weiblichen aufs Korn und plädiert vehement für die Erwerbstätigkeit der Frau als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wegen ihrer Thesen wird sie heftig angefeindet, auch von vielen ihrer linken Freunde, denen sie widersprüchliches Verhalten vorwirft: »Der Widerspruch Frau/Mann ist genauso wichtig wie jeder andere«, befindet sie. »Da steht immerhin die Hälfte der Menschheit gegen die andere«. Gestorben ist die Schriftstellerin und Feministin am 14. April 1986 in Paris. Wer war's? Zu gewinnen gibt es Mandarine aus Paris. ■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im März war Simone Signoret gesucht. Gewonnen hat Thomas Hermann aus Hannover

WETTBEWERBSAUSSCHREIBUNG »KOMMUNE UND NACHHALTIGKEIT – MIT GUTEM BEISPIEL VORAN!«



Der SPD-Landesverband Niedersachsen schreibt zum ersten Mal den Wettbewerb »Kommune und Nachhaltigkeit – mit gutem Beispiel voran!« aus. Die Preise werden in zwei Kategorien auf dem nächsten SPD-Landesparteitag am Samstag, 28. Mai 2011 in Wolfsburg verliehen:

- Projekte von Einzelpersonen und Gruppen und
- Initiativen von kommunalen Fraktionen.

Der Begriff »Nachhaltigkeit« wird inzwischen vielfacheingesetzt. Doch was bedeutet konkret, Politik für nachfolgende Generationen zu gestalten? Was heißt, Dinge unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten zu betrachten?

Wir wollen dem Motto »Global denken – lokal handeln« ein Gesicht geben. Es gibt zahlreiche erfolgreich umgesetzte Initiativen von unseren Fraktionen in den Kommunen, die nachhaltige Politikansätze verfolgen. Das geht von Klimaschutzprojekten in öffentlichen Gebäuden, Energiekonzepten in den Kommunen bis hin zur Ausweisung völlig neuer Wohngebiete, die dem demografischen Wandel und den ökologischen Herausforderungen gerecht werden. Aber auch einzelne Personen und Gruppen in und außerhalb unserer Partei engagieren sich vor Ort unter dem Oberbegriff »Nachhaltigkeit« und haben überzeugende Projekte erarbeitet.

All diesen Initiatoren wollen wir die Möglichkeit geben, sich am Wettbewerb der niedersächsischen SPD zu beteiligen. Schließlich wollen wir diese Ideen auch

veröffentlichen, damit gute Beispiele auch an anderen Orten aufgegriffen werden.

Eine erste Sammlung von Beispielen haben wir in der kürzlich erschienenen Broschüre »Global denken – lokal handeln, Handlungsbeispiele für Kommunen in Sachen Energie und Klimaschutz« veröffentlicht.

Wir bitten alle Interessierte, uns ihre guten Beispiele für die Umsetzung nachhaltiger Konzepte zu übersenden und an unserem Wettbewerb teilzunehmen.

Angesprochen sind:

Unsere kommunalen Fraktionen in Niedersachsen und öffentliche, gemeinnützige oder private Unternehmen, Bürgerinitiativen, Organisationen und Verbände, SPD-Gliederungen sowie Einzelpersonen aus Niedersachsen.

Einsendeschluss:

Bewerbungen sind bis zum 2. Mai 2011 mit einer textlichen Beschreibung eigener Pro-

jekte sowie ergänzend mit Fotos, Presseartikel, Internetadressen etc. beim SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, foren.niedersachsen@spd.de einzureichen.

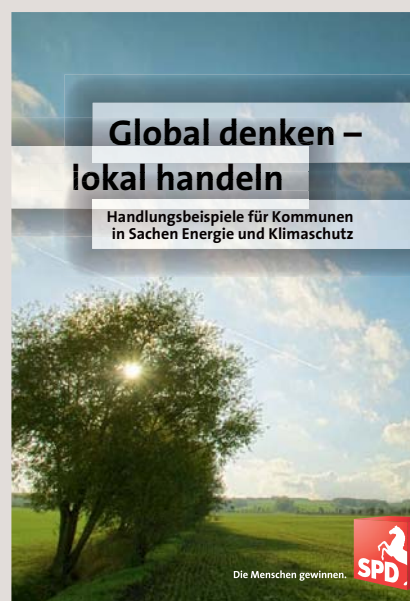
Die Preise sind Ehrenpreise und nicht mit einem Preisgeld versehen. Sie werden von einer vom Landesvorstand eingesetzten Jury vergeben. Der Jury gehören an:

Dr. Matthias Miersch MdB, Leiter des Forums »Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft«, Mitglied im Präsidium des SPD-Landesverbandes, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Franka Strehse, Bürgermeisterin der Stadt Visselhövede

Detlef Tanke MdL, Mitglied im Präsidium des SPD-Landesverbandes, Stellvertreter der Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Umweltpolitischer Sprecher ■

»GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN«

SPD-Broschüre stellt Handlungsbeispiele für Kommunen in Sachen Energie und Klimaschutz zusammen



Der SPD-Landesverband hat eine Broschüre mit dem Titel »Global denken – lokal handeln, Handlungsbeispiele für Kommunen in Sachsen Energie und Klimaschutz« herausgegeben, die vom Landesforum »Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft« unter der Leitung von Matthias Miersch zusammengestellt wurde. Diese Broschüre

kann beim SPD-Landesverband zum Preis von 1,00 Euro plus Versandkosten bezogen werden.

Das Motto »Global denken - lokal handeln« ist aktueller denn je. Mit diesem Leitfaden möchte der Landesverband Anregungen für konkrete Projekte vor Ort geben. Es handelt sich lediglich um eine erste Sammlung, aber sie bietet die Möglichkeit, von den gemachten Erfahrungen vor Ort zu profitieren. Wir hoffen, mit diesem Leitfaden Interesse und Mut zu wecken, neue Wege zu beschreiten. Weitere Beispiele sind stets willkommen! Sie werden bei einer Neuauflage der Broschüre berücksichtigt. ■

Texte, Bilder und Hinweise auf Internetseiten sendet bitte an:

SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover foren.niedersachsen@spd.de

Wer möchte in unserem Forum »Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft« mitarbeiten?

Anmeldung ebenfalls unter: foren.niedersachsen@spd.de